

Antrag U01: Endometriose: Zwei Millionen Betroffene und keine Unterstützung

Antragsteller*in:	UB-Vorsitz Jusos Gießen (Unterbezirk Gießen · Nr. GI-2)
Status:	angenommen
Sachgebiet:	U - Umwelt-, Klima- Verbraucherschutz und Gesundheit
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

1 Die Bezirkskonferenz der Jusos Hessen-Süd möge beschließen:

2 Die Forschung und die Versorgung der Erkrankung Endometriose muss verbessert und
3 unterstützt werden! Dabei sollen regionale, spezialisierte Zentren aufgebaut werden.
4 Durch Aufklärung in der Gesellschaft und in der Medizin soll die Diagnosezeit
5 verkürzt werden. Zusätzlich muss die Erforschung der Ursachen der Krankheit
6 vorangetrieben werden.

7 In Anlehnung an die Forderungen der Endometriose-Vereinigung-Deutschland e.V. haben
8 wir folgende Forderungen:

9 Aufklärung

10 1. Durchführung einer bundesweiten Aufklärungskampagne zu Unterleibsschmerzen und
11 Endometriose.

12 2. Zur Finanzierung der Maßnahmen soll ein jährlicher Etat für die **Aufklärung von**
13 **Frauenkrankheiten und Endometriose** von mindestens **zehn Millionen Euro** für die
14 „Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung“ durch das Bundesministerium für
15 Gesundheit bereitgestellt werden.

16 3. Aufklärung im Rahmen der Sexualerziehung in Lehrplänen und Curricula

17 4. Fortbildung der Verwaltung, insbesondere der Versorgungsämter

18 5. Aufbau eines “Nationalen Aktionsplans: Frauengesundheit”

19 6. Aufklärung über die Folgen von hoher Schmerzmittelnutzung im Rahmen der
20 Erkrankung

21

22 Diagnostik, Behandlung und Forschung

23 1. Aufbau eines bundesweiten Förderprogramms zur Erforschung von Ursachen der
24 Endometriose, neuen Diagnostikverfahren und besseren Behandlungsmöglichkeiten.

25 2. Der Etat soll jährlich mindestens 14 Millionen Euro umfassen.

26 3. Zum Aufbau eines Deutschen Zentrums für Endometriose soll eine einmalige Summe
27 von 30 Millionen Euro ausgeschrieben werden.

28 4. Einführung eines jährlichen Vaginal-Ultraschalls als zuzahlungsfreie
29 Kassenleistung

30 5. Zuzahlungsfreier Zugang zu hormonellen Präparaten für Endometriosebetroffene

- 31 6. Kostenübernahme von komplementären Behandlungsansätzen
- 32 7. Aufklärung und Finanzierung von Maßnahmen im Zusammenhang mit Kinderwunsch

33

34 **Arbeitsrecht**

- 35 1. Möglichkeit des Home-Office für Betroffene von Endometriose
- 36 2. Ermöglichung von telefonischen Krankschreibungen für Betroffene von Endometriose
- 37 3. Einführung von Teilzeit-Krankschreibungen

Begründung

Bei Endometriose wächst gebärmutterschleimhautähnliches Gewebe (sog. Endometriose-Herde) außerhalb der Gebärmutter, beispielsweise an Eierstöcken, im Beckenraum, an Darm oder Bauchfell. In manchen Fällen treten Endometriose Herde auch außerhalb des Bauchraums im gesamten Körper auf. Herde können zyklisch bluten, weiterwachsen und sich entzünden sowie Verklebungen in betroffenen Körperregionen verursachen. Zu den Symptomen der Erkrankungen zählen zum einen starke zyklusabhängige Unterleibsschmerzen, die es den Endometriosebetroffenen teils unmöglich machen einer produktiven Beschäftigung nachzugehen. Neben weiteren Symptomen wie beispielsweise starken zyklusunabhängigen Schmerzen, Schmerzen beim Geschlechtsverkehr, bei gynäkologischen Untersuchungen, beim Stuhlgang oder Urinieren und Blutungen aus Blase und Darm leiden Endometriosebetroffene vermehrt unter ungewollter Kinderlosigkeit.

Endometriose ist die zweithäufigste gynäkologische Erkrankung in Deutschland. Laut dem aktuellen Frauengesundheitsbericht des Robert Koch-Instituts leidet eine von zehn Frauen an Endometriose. Die Ursachen der Krankheit sind bislang ungeklärt, sodass sich Therapien bisher nur auf die Behandlung der Symptome konzentrieren. Die Behandlungsoptionen (operative Entfernung der Endometriose-Herde, die Einnahme von hormonellen Präparaten und die regelmäßige Einnahme von starken Schmerzmitteln) haben oft starke Nebenwirkungen und bilden nur temporäre Lösungen.

Nach Aussagen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung wurden in den letzten 20 Jahren insgesamt 500.000 Euro an Forschungsgeldern vom Bund für die Erforschung von Endometriose investiert. Das ist viel zu wenig, gemessen an der hohen Zahl der Betroffenen. Deshalb benötigt es Aufklärung in der Gesellschaft. Die Stigmatisierung und Bagatellisierung von Menstruationsbeschwerden führen zu langen Diagnosezeiten, verzögerten Behandlungen und psychischem Stress von Betroffenen. Mit einer bundesweiten Aufklärungskampagne zum Themenbereich Menstruationsbeschwerden und Endometriose kann eine Sensibilisierung in der breiten Gesellschaft vorangetrieben werden. Diese Kampagne findet mit Plakaten und Flyern, sowie im digitalen Raum auf Social-Media statt. Zudem sollte die Thematik ausführlich in die Lehrpläne und Curricula im Rahmen der Sexualerziehung und Gesundheitserziehung Platz finden.

In vielen Fällen sind Betroffene in ihrer Leistungsfähigkeit so stark eingeschränkt, dass ein Antrag auf Schwerbehinderung oder Erwerbsminderungsrente erforderlich ist oder sie nur begrenzt arbeitsfähig sind. Darüber hinaus braucht es mehr Aufklärung in öffentlichen Verwaltungen,

insbesondere in den Versorgungsämtern.

Das bereits erwähnte zu niedrige Etat zur Erforschung muss dringend erhöht werden. So formuliert die Endometriose Vereinigung Deutschland e.V. zutreffend: "Wir als Gesellschaft sind es Erkrankten und auch den Endometriose betroffenen zukünftiger Generationen schuldig, die Ursachen von Endometriose adäquat zu erforschen und Therapieansätze zu entwickeln, die die Krankheit selbst und nicht lediglich ihre Symptome behandeln." Neben eine ausreichende und höher ausfallende Finanzierung der Forschung müssen aber auch andere Gesundheitsleistungen mitgetragen werden. So können durch einen jährlichen Vaginal-Ultraschall als zahlungsfreie Kassenleistungen eine frühere Diagnose ermöglicht werden. Diese ist von Vorteil um langfristige Schäden, Folgeerkrankungen und Fehlbehandlungen zu verhindern. Auch der zahlungsfreie Zugang zu hormonellen Präparaten, die zu einer der wenigen Behandlungsmöglichkeiten zählt, muss finanziert werden. Da es sich um eine medikamentöse Behandlung handelt, die die Betroffenen zwingend benötigen, kann es nicht sein, dass diese die vollen Kosten dafür tragen müssen.

Auch arbeitsrechtlich ist es wichtig, Betroffenen entgegenzukommen. Während der COVID-19 Pandemie sehen wir, dass das Home-Office für viele möglich ist. Die starken Schmerzen stellen eine außerordentliche Belastung für Endometriosebetroffene dar, sowohl auf dem Weg zum als auch am Arbeitsplatz. Mit der Ermöglichung von Home-Office, der telefonischen Krankschreibung und der Einführung einer Teilzeit-Krankschreibung kann den Betroffenen arbeitsrechtliche Unterstützung zugesichert werden. Mit der Einführung der Teilzeit-Krankschreibung kann einen kompletten Verzicht auf Arbeit verhindert werden. Da Endometriose oftmals zyklusabhängig ist, ist die Arbeitsfähigkeit auch variabel. Darauf sollte man sich gesundheitsrechtlich einstellen können.